

Berlin beim Ausbau des gemeinsamen Unterrichts auf einem guten Weg

Studie der Bertelsmann Stiftung: Inklusiver Unterricht von Jugendlichen mit und ohne Förderbedarf bundesweit oft die Ausnahme – Situation vor allem an weiterführenden Schulen unbefriedigend

Gütersloh, 29. November 2010. Berlin ist beim Ausbau des gemeinsamen Unterrichts auf einem guten Weg. Fast 40 Prozent der Schüler mit Förderbedarf werden gemeinsam mit anderen Kindern und Jugendlichen unterrichtet. Berlin belegt damit im Bereich Inklusion im Bundesländervergleich einen der vorderen Plätze. Insgesamt ist in Deutschland gemeinsamer Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Förderbedarf allerdings noch oft die Ausnahme. Das zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die der Bildungsforscher Klaus Klemm durchgeführt hat. Er kommt zu dem Schluss, dass der Ausbau des so genannten inklusiven Unterrichts, zu dem sich Deutschland in internationalen Abkommen verpflichtet hat, insbesondere an den weiterführenden Schulen nur langsam voran kommt.

Der Studie zufolge hatten rund 20.000 Berliner Schüler im Jahr 2009 einen sonderpädagogischen Förderbedarf, das entspricht rund sieben Prozent aller Schüler. Die so genannte Förderquote liegt in Berlin damit über dem Bundesdurchschnitt von sechs Prozent. Bundesweit schwanken die Anteile der Kinder und Jugendlichen mit einem bescheinigten Förderbedarf von 4,5 Prozent in Rheinland-Pfalz bis hin zu 11,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Studie zufolge tragen die Reformbemühungen der Bundeshauptstadt zum Aufbau eines inklusiven Bildungssystems erste Früchte. Dennoch endet auch in Berlin die inklusive Bildung noch häufig nach der Kita: In Kindertageseinrichtungen spielen und lernen von den 5.800 Kindern mit besonderem Förderbedarf bereits fast alle gemeinsam mit anderen – das schafft bundesweit derzeit neben Berlin nur Sachsen-Anhalt. Auch im Schulbereich weist Berlin bereits vergleichsweise hohe Werte beim gemeinsamen Unterricht auf: In der Grundschule besucht fast die Hälfte der Kinder mit Förderbedarf inklusive Schulen – im Bundesdurchschnitt ist es gut ein Drittel (ohne Schwerpunkt Geistige Entwicklung). Im Bereich der Sekundarstufe I liegt Berlin mit einem Inklusionsanteil von 40 Prozent noch deutlicher über dem Bundesdurchschnitt von 15 Prozent. Allerdings könnte hier die sechsjährige Grundschule in Berlin die Vergleichbarkeit beeinträchtigen.

Trotzdem müssen immer noch viele Kinder beim Übergang in die Schule aus Mangel an inklusiven Bildungsangeboten an eine Förderschule wechseln. Dr. Jörg Dräger, für Bildung zuständiges Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, fordert daher: „Deutlich mehr Schulen müssen inklusiv unterrichten – es kann nicht sein, dass Kinder mit Förderbedarf bis zum Übergang in die Grundschule oder die weiterführende Schule gemeinsam mit anderen spielen und lernen, dann aber auf getrennte Förderschulen gehen müssen.“

Dass mehr Inklusion im Schulsystem möglich ist, regional aber sehr unterschiedlich voran kommt, zeigt ein Bundesländervergleich: In Bremen lernen über 90 Prozent der Grundschüler mit Förderbedarf gemeinsam mit Gleichaltrigen, in Hamburg lediglich 13 Prozent. In Schleswig-Holstein können wie in Berlin über 40 Prozent der Schüler mit Förderbedarf weiterführende Regelschulen besuchen, in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Hessen sind es dagegen weniger als 10 Prozent. Betrachtet man einzelne Förderschwerpunkte, verstärkt sich dieses Bild noch. So gehen in Bremen über 60 Prozent der Schüler mit Förderschwerpunkt Lernen in inklusive Bildungseinrichtungen. Der Inklusionsanteil in Berlin liegt hier bei knapp 37 Prozent, in Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt bei unter fünf Prozent.

Dabei sind die Lernerfolge im getrennten Unterricht offenbar nur unzureichend: Mehr als 60 Prozent der Förderschüler in Berlin erreichen keinen Hauptschulabschluss, bundesweit sind es sogar 76 Prozent. Dräger mahnt deshalb, den Ausbau inklusiver Bildungsangebote entschieden voran zu treiben: „Politisches Ziel in Deutschland ist es, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu halbieren. Das geht nur, wenn wir das Förderschulsystem reformieren, denn über die Hälfte dieser Jugendlichen kommt aus Förderschulen. Der nötige Umbau zieht für alle Schulen Veränderungen nach sich und kostet Geld, er wird sich für unsere Gesellschaft aber schnell auszahlen.“

Rückfragen an: **Anette Stein, Telefon: 0 52 41 / 81-81 274**
 E-Mail: anette.stein@bertelsmann-stiftung.de

Antje Funcke, Telefon: 0 52 41 / 81-81 243
 E-Mail: antje.funcke@bertelsmann-stiftung.de

Die Studie sowie Grafiken und Länderberichte zum Download finden Sie unter
www.bertelsmann-stiftung.de.

Berlin

Status Quo inklusiver Bildung 2008/2009

Kinder mit besonderem Förderbedarf in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
(absolut):

5.766

Schüler mit besonderem Förderbedarf
(absolut):

20.082



	Berlin	Deutschland
Förderquote (in Prozent) Anteil der Schüler mit Förderbedarf an allen Schülern	7,1	6,0
Exklusionsquote (in Prozent) Anteil der Schüler mit Förderbedarf, die separiert unterrichtet werden, an allen Schülern	4,4	4,9
Inklusionsquote (in Prozent) Anteil der Schüler mit Förderbedarf, die inklusiv in allgemeinen Schulen unterrichtet werden, an allen Schülern	2,8	1,1
Exklusionsanteile (in Prozent) Anteil der Schüler mit Förderbedarf, die separiert unterrichtet werden, an allen Schülern mit Förderbedarf	61,2	81,6
Inklusionsanteile (in Prozent) Anteil der Schüler mit Förderbedarf, die inklusiv unterrichtet werden, an allen Schülern mit Förderbedarf	38,8	18,4
– Inklusionsanteil in der Kita	98,7	61,5
– Inklusionsanteil in der Grundschule*	47,4	33,6
– Inklusionsanteil in der Sekundarstufe I*	40,3	14,9
– Inklusionsanteil im Förderschwerpunkt Lernen	36,6	18,9
– Inklusionsanteil im Förderschwerpunkt Sehen	24,1	27,1
Förderschulabgänger ohne Hauptschulabschluss		
– absolut	923	35.412
– Anteil in Prozent	60,8	76,3

*Ohne Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2010): Gemeinsam lernen. Inklusion leben. Status Quo und Herausforderungen inklusiver Bildung in Deutschland. Gütersloh. Berechnungen von Klaus Klemm auf der Grundlage amtlicher Statistiken.

| Bertelsmann Stiftung